

Absender dieses Schreibens:

An den Regionalverband  
An das Landratsamt Offenburg  
An die Gemeinden des südlichen Ortenaukreises – Vereinbarte  
Verwaltungsgemeinschaft Ettenheim

Aktive Mitglieder des  
NABU Ettenheim  
Thomas Ullrich  
Am Ettenbach 3  
77955 Ettenheim

NABU Landesverband  
NABU Bezirksstelle Freiburg  
NABU Gruppe Lahr  
NABU Kreisgruppe Emmendingen

Dezember 2013

### **Zusammenfassung:**

**Die Entwürfe des Flächennutzungsplans bis 2025 aller Gemeinden, sowie die Aussagen verschiedener Lokalpolitiker und der Tenor vieler derzeitiger Presseberichte, beruhen auf althergebrachtem, auf ewigem Wachstum beruhendem Glauben, dass es so weiter gehen kann, wie bisher. Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ wird in den Begründungen der Planunterlagen grundsätzlich mit gleich bleibendem, quantitativem Wachstum verwechselt.**

**Nach verlässlichen Daten des statistischen Landesamtes wird bis 2025 und darüber hinaus die Bevölkerung nicht wachsen. Somit ist der von allen Gemeinden vorgelegte Flächennutzungsplan als ‚unangemessene Begehrlichkeit‘ zu betrachten und aufgrund weitgehender Faktenignoranz nicht genehmigungsfähig!**

**Sämtliche landesweiten Verwaltungsempfehlungen und Jahrzehnte alte landespolitische Vorgaben werden ignoriert. Die vorgelegten Flächenwünsche aller Gemeinden widersprechen einer zukunfts-, gesellschafts- und ressourcengerechten Planung.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir verweisen auf die NABU-Stellungnahme zum Entwurf des FNP vom 12.02.2013, die unter <http://www.nabu-ettenheim.de/wp-content/uploads/2009/12/FNP2025-NABU.pdf> abrufbar ist.

Flächeninanspruchnahme ist nach der Energieversorgung das zweitgrößte Nachhaltigkeitsproblem unserer Gesellschaft, das wir, die heutige Generation, lösen müssen.

Im Vergleich zum Entwurf des FNP vom vergangenen Winter hat sich an den grundlegenden Rahmenbedingungen nichts verändert. Unsere erneute Stellungnahme beginnen wir mit Zitaten der Politiker Oettinger (CDU), Strobl (CDU) und dem Organ des Gemeindetages Baden-Württemberg „Die Gemeinde“.

„Wenn wir nicht aufpassen, entstehen heute mit Wohn- und Gewerbegebieten auf der grünen Wiese die Altlasten von morgen, für die dann niemand mehr zahlen kann“. (Aus der Regierungserklärung des damaligen Ministerpräsidenten Günther Oettinger). [http://www9.landtag-bw.de/wp14/plp/14\\_0004\\_21062006.pdf](http://www9.landtag-bw.de/wp14/plp/14_0004_21062006.pdf)

„Es ist überhaupt nicht nachhaltig, weiter im Übermaß landwirtschaftliche Flächen für die Bebauung zu beanspruchen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und sinkender Bevölkerungszahlen ist es wichtig, die Chancen und Möglichkeiten im innerstädtischen und innerdörflichen Bereich zu nutzen und auszuschöpfen, statt weiter landwirtschaftliche Fläche zu verbrauchen“. (Zitat von Herrn Strobl (CDU) vom 27.01.12).

<http://www.cdu-bw.de/aktuelles/presse/presse-detail/artikel/strobl-zum-flaechenverbrauch-lebensmittel-kommen-nicht-einfach-aus-dem-supermarkt.html>

„Es besteht ein grundlegender Konsens darüber, dass unnötiger Flächenverbrauch aus ökologischen Gründen zu vermeiden ist. Daneben ist sicher, dass Neubaugebiete Folgekosten generieren. Und die demografische Entwicklung ist auch eindeutig. Dies alles spricht dafür, der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung den absoluten Vorzug zu geben. Und hier sind die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gefragt. Denn: Innenentwicklung ist Chefsache“ („DIE GEMEINDE“ vom 15.11. 2012; Zitat zum Titelbild S.881). Die ganze Ausgabe ist ausschließlich dem Thema Innenentwicklung gewidmet.

Zum Wohnbau nimmt der NABU folgendermaßen Stellung:

Bedarfsgerechte Flächennutzung muss sich an der Bevölkerungsentwicklung orientieren. Bis 2025 wird im südlichen Ortenaukreis kein Bevölkerungswachstum stattfinden; auch nicht unter Berücksichtigung des Zuzugs. Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:

<http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=03&T=98015021&E=GA&A=E&R=GE317026>

Daher gibt es keine Notwendigkeit, zusätzliche Wohngebietsflächen auszuweisen. Viele Gemeinden ignorieren diese offiziellen Prognosen oder behaupten sogar das Gegenteil. Hier gibt es offensichtlich hohen Bedarf, die Gemeinden daran zu erinnern, dass Flurfläche ein nicht vermehrbares Gut mit vielfältigen Funktionen ist.

Geht man von einer ehrlichen, bedarfsgerechten neuen Flächeninanspruchnahme bis 2025 aus, so kann ein Mehrbedarf der bestehenden Bevölkerung (so genannter „Belegungsrichterückgang“) oder Zuwachs in einzelnen Gemeinden über bestehende

Baugebiete und Baulücken sowie Leerstände aufgefangen werden. Eher sollten sogar Flächenentsiegelungsprogramme für Gemeinden mit sinkender Bevölkerung – das sind die Mehrzahl in der südlichen Ortenau – aufgestellt werden. Künftige Generationen brauchen eigenen Handlungsspielraum und nicht zusätzliche Infrastrukturlasten, die wir Ihnen hinterlassen.

Stattdessen fordern sämtliche Gemeinden neues Wohnbauland zum Teil in erheblichem Umfang, selbst diejenigen, die einen Bevölkerungsrückgang zu erwarten haben! Den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern fällt es offensichtlich leichter, sich und anderen durch Flächenumwandlung kurzfristig finanzielle Vorteile zu verschaffen, anstatt nachhaltige Konzepte umzusetzen.

Es darf nicht sein, dass sich die kommunalen Kassen mit der Differenz des Bodenwertes von landwirtschaftlichem Boden zu Baulandboden füllen müssen. In diesen Beträgen sind die Verluste an Freiraum, Ökologie, Klima, Wasser und die Infrastrukturkosten der Zukunft nicht berücksichtigt. Der momentane Zugewinn ist nicht nachhaltig.

Den Rathäusern müssen andere Finanzierungsmittel an die Hand gegeben werden, als den Gemeindehaushalt über Flächenneuerschließungen zu sanieren. Das Akquirieren von Baulücken und Leerständen muss über Anreize und Druckmittel gegenüber Privatbesitzern für die Gemeinden zum zentralen Aufgabenfeld werden. Um dies besser erreichen zu können, ist eine Reform der Grundsteuer notwendig. Auch energetische, altersgerechte und strukturelle Sanierungen unterstützen das lokale Gewerbe und erhalten Arbeitsplätze. Neuerschließungen für Wohnbebauung können unterbleiben. So können durch Aussiedelung von Gewerbe aus den Wohngebieten dort neue Innenentwicklungsflächen entstehen, die den Wohnwert allgemein erhöhen. Das ist die prinzipiell richtige Entwicklung für die Gemeinden, die nach den Prognosen der Bevölkerungsentwicklung noch mit Wachstum rechnen sollten.

[https://shop.nabu.de/shop/product\\_info.php?info=p89\\_Dokumentation-Fl--chen-intelligent-nutzen.html](https://shop.nabu.de/shop/product_info.php?info=p89_Dokumentation-Fl--chen-intelligent-nutzen.html)

<http://www.ngo-online.de/2003/10/30/gemeindefinanzreform/>

Thema Gewerbeflächen:

Grundsätzlich ist eine Gewerbe-Steuerreform notwendig.

Die Erschließung neuer Gewerbe- und Industrieflächen ist sicher in kleinem Umfang notwendig und ist allen Gemeinden zu ermöglichen. Brachliegende Industrie- und Gewerbeflächen sollten jedoch über Anreize und Druckmittel möglichst zeitnah wieder in Nutzung zurückgeführt werden. Damit wird Grundstückspreisspekulation vermieden.

Viele Forderungen des NABU-Ettenheim in der zum FNP-Entwurf eingereichten Stellungnahme haben in keiner Weise Eingang in die weiteren Planungen der Verwaltungsgemeinschaft gefunden!

<http://www.nabu-ettenheim.de/wp-content/uploads/2009/12/FNP2025-NABU.pdf>

- Das Bodenschutzgesetz wurde offensichtlich nicht beachtet.
- Das Werkzeug zur Flächeninanspruchnahme „REFINA“ ([www.refina-info.de](http://www.refina-info.de)) wurde nicht genutzt!
- Es finden sich keinerlei Entsiegelungsvorschläge!

- Die „Bundesnachhaltigkeitsstrategie“ wird nach wie vor nicht angewandt!
- Es findet sich keine sinnvolle Begründung oder Alternative für das „Vorranggebiet touristischer Entwicklung“ (aus der Fortschreibung des Regionalplans) zwischen Rust und Ringsheim, dessen alleinige Flächenausdehnung den Größenwahn der Flächeninanspruchnahme verdeutlicht!
- Das Strategieprogramm zur Flächenentwicklung des MLR zur Reduzierung des Flächenverbrauches vom November 2007 und Fortschreibung 2011 ist nicht annähernd angemessen berücksichtigt!
- Alternative Entwicklungen in Baden- Württemberg wie „MELAP plus“ finden keinerlei Berücksichtigung als notwendige Alternative! Siehe: [http://www.mlz.baden-wuerttemberg.de/MELAP\\_PLUS/31673.html](http://www.mlz.baden-wuerttemberg.de/MELAP_PLUS/31673.html)

Die Mitglieder des NABU Ettenheim

Thomas Müller  
 Hans Schuler  
 Willi Gai

Garda Beck  
 Kollewin Opel  
 Hans-Joachim  
 Ch. Quinck  
 Hardy Schee

„Wem es tatsächlich um den Menschen geht, der weiß, dass man die Natur gar nicht genug schützen kann“ - Karl Bayer („Der Steigerwaldpionier“ 1925-1995)

W. Uffner  
 A. Reber  
 S. Reber

Wolfgang Hoffmann  
 Helge Hüniger  
 Peter Wüst

